

Stellungnahme von SudanUprising Germany zur Normalisierung der Beziehungen zwischen Sudan und Israel

30. Oktober 2020

In der vergangenen Woche gaben die amerikanische, die israelische und die sudanesischere Regierung bekannt, dass der Sudan zur Normalisierung der Beziehungen zu Israel übergegangen ist. Dies geschieht im Rahmen einer Vereinbarung mit den Vereinigten Staaten von Amerika, wonach der Sudan 335 Millionen US-Dollar Entschädigung an (meist amerikanische) Opfer von Terroranschlägen zahlen und die diplomatischen Beziehungen zu Israel normalisieren soll, im Austausch für die Streichung des Sudan von der Liste der US-Terrorismus-Sponsoren. Eine solche Streichung, so argumentiert die sudanesischere Regierung, würde die Tür für Schuldenerlass, Hilfgelder und ausländische Investitionen im Land öffnen. Für US-Präsident Trump ist seine Agenda klar: Er will sich im Vorfeld der US-Präsidentenwahl im nächsten Monat als der starke Staatsmann präsentieren, der in der Lage ist, "Frieden in den Nahen Osten zu bringen" und andere Länder seinem Willen zu unterwerfen.

Wir wollen die Aufmerksamkeit auf einen Aspekt lenken, der in der umstrittenen Debatte innerhalb und außerhalb des Sudans darüber, ob das Land seine Beziehungen zu Israel normalisieren sollte oder nicht, stark vernachlässigt wird: nämlich seine Auswirkungen auf sudanesischere Geflüchtete. Seit der Ankündigung des Abkommens in der vergangenen Woche hat der israelische Premierminister Benjamin Netanyahu offenbart, dass der Sudan im Rahmen dieser "Normalisierung" die "Rückkehr" (d.h. die Abschiebung) sudanesischer Geflüchtete in Erwägung zieht. Da einige von SudanUprising Germany selbst als Geflüchtete in Deutschland sind, ist dieses Thema für uns von großer Bedeutung. Geflüchtete, insbesondere sudanesischere, werden von den israelischen Behörden seit langem als "Infiltratoren" bezeichnet. Wie Noa Landau und Lee Yaron am 25. Oktober 2020 in Haaretz online berichteten, gab Netanyahu dem Zentralkomitee der Likud-Partei im Februar, am Vorabend seines ersten Treffens mit sudanesischen Beamten, ein Versprechen ab, über eine Normalisierung zu diskutieren. "Wir haben eine Million Infiltratoren daran gehindert, aus dem Sinai in das Land einzudringen", sagte er. "Ein gewaltiger Unterschied. Wir haben bereits ein Drittel derer entfernt, die noch eingereist sind, und wir werden die restlichen zwei Drittel entfernen. Wir arbeiten daran; Sie werden bald Neuigkeiten hören."

Menschenrechtsorganisationen und Medienorgane dokumentieren seit Jahren die rassistische, gewalttätige Behandlung schwarzer, afrikanischer Geflüchteter und

Asylsuchender, einschließlich der Sudanese*innen in Israel, durch israelische Behörden. Vereinfacht gesagt werden sie als Menschen zweiter Klasse behandelt. Nach dem Völkerrecht hat jeder Mensch das Recht, Zuflucht und Sicherheit zu suchen und mit Würde behandelt zu werden. Die Behandlung von Sudanese*innen und anderen afrikanischen Migrant*innen durch Israel ist Teil derselben Unterdrückungsmaschinerie, die palästinensisches Land besetzt hält. Der Konflikt betrifft uns Sudanese*innen daher nicht nur auf indirekte, sondern auch auf direkte Weise.

Die Abschiebung sudanesischer Geflüchteter und Asylsuchender von überall her in den Sudan setzt voraus, dass die Bedingungen, die sie zur Flucht gezwungen haben - Gewalt, Vertreibung und Enteignung - angegangen worden sind. Das sind sie nicht. Die Hotline for Refugees and Migrants in Israel, eine NGO, die sich für die Rechte von Geflüchteten, Migrant*innen und Opfern von Menschenhandel einsetzt, hat dies festgestellt: "Selbst wenn Israel seine Nicht-Abschiebe-Politik gegenüber dem Sudan beenden würde, wäre der Staat immer noch verpflichtet, alle Asylanträge sudanesischer Bürger*innen zu prüfen - eine Verpflichtung, der sich Israel mit verschiedenen Ausreden seit über einem Jahrzehnt entzogen hat".

Was uns weiter beunruhigt, ist die Tatsache, dass sowohl das Kabinett von Hamdok als auch der Militärapparat (über den Souveränen Rat) Entscheidungen für das sudaneseische Volk treffen, ohne jegliche Kontrolle durch Legislative oder Justiz. Die Revolution begann zum Teil als Ablehnung einer ausschließlich exekutiven Staatsführung. Fast ein Jahr, nachdem das Verfassungsdokument die Einrichtung einer gesetzgebenden Übergangsversammlung, die weite Teile der sudanesischen Gesellschaft und der revolutionären Kräfte repräsentieren soll - in Auftrag gegeben hatte, fehlt sie immer noch. Wir schließen uns den Zehntausenden im Sudan an, die im vergangenen Jahr protestierten, um Druck auszuüben, damit die Übergangsstrukturen - die gesetzgebende Versammlung, die unabhängigen Kommissionen und die unabhängigen Justizstrukturen, einschließlich eines Verfassungsgerichts - fertiggestellt werden.

Der amtierende Außenminister Omar Gamar-Eldin hat angekündigt, dass die Normalisierung von der Zustimmung der in Kürze zu bildenden gesetzgebenden Versammlung abhängt. Wir fordern die Regierung von Hamdok nachdrücklich auf, transparent zu handeln und sowohl die Verhandlungen als auch jegliche Entscheidungsfindung bezüglich der Zusammenarbeit mit Israel einzustellen, bis die Übergangsstrukturen vollendet und funktionsfähig sind. Wir fordern auch zivilgesellschaftliche Organisationen, soziale Bewegungen und die Medien nachdrücklich auf, weiterhin ihren Beitrag zum Aufbau einer Kultur der Demokratie zu

leisten, indem sie den Dialog mit den Bürger*innen fördern und dem sudanesischen Volk die verschiedenen Dimensionen der Entscheidung zur Normalisierung und ihre möglichen Auswirkungen nicht nur auf die palästinensischen Kämpfe, sondern auch auf uns selbst vor Augen führen.